

Painlevés Verhandlungen bisher erfolglos

Bildung eines Vorkomitees?

Paris, 19. 2. (Funkpr.) Die ersten Bemühungen des mit der Regierungsbildung beauftragten ehemaligen Kriegsministers Painlevé können als gescheitert angesehen werden. Die Verhandlungen mit den Mitgliedern der bisherigen Mehrheitspartei sind abgebrochen worden, da es nicht möglich war, mit Tarbien zu einer Verständigung zu gelangen. Der bisherige Kriegsminister, der bis in die späten Nachstunden mit Painlevé verhandelte, hat seine Mitarbeit an einer neuen Regierung von der Bestätigung eines seiner politischen Freunde mit dem Innenministerium abhängig gemacht, um die Hebel des gesamten Wahlkampfes in der Hand zu behalten. Die Vorkomitees der beiden Häuser haben diese Forderung jedoch für unannehmbar erklärt und damit gebrocht, sich sofort zurückzuziehen, falls Painlevé den Wünschen Tarbiers nachkommen würde. Unter diesen Umständen sind die Verhandlungen abgebrochen worden. Painlevé will nunmehr trotz der ungeheuren Schwierigkeiten versuchen, ein Vorkomitee zu bilden, dessen Lebensdauer, zumindest in der Kammer, sehr unklar ist. In den frühen Morgenstunden gab er eine Verlautbarung an die Presse, in der er u. a. betont, daß er im Laufe seiner Besprechung den ehemaligen Ministern Laval, Tarbier, Renaud und Champetier de Ribes ihre alten Portefolios wieder angeboten habe, während er sich selbst das Innenministerium vorbehalten hätte. Dieses Angebot sei jedoch von Tarbier und Renaud zurückgewiesen worden, da beide das Innenministerium im Besitz eines ihrer politischen Freunde sehen wollten. Unter diesen Umständen seien die Verhandlungen abgebrochen worden.

Aufstand in holländisch-Indien verleitet

London, 19. 2. (Funkpr.) Nach einer Mitteilung aus Batavia ist der Insel Curaçao, verleiteten die holländischen Behörden einen groß angelegten Aufstand von Bengolaniern und Arabern auf der zu holländisch-Indien gehörenden Kraba Insel. Die Behörden hatten die Absicht, die amerikanischen und englischen Petroleumfabriken in Brand zu setzen und die politische Gewalt an sich zu reißen. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen. Nach der Angelegten Arbeitslosen sollen verbannt werden.

Aus Heimat und Vaterland

Frankenberg, 18. Februar 1932.

Die Bürgersteuer

Von der holländischen Nachrichtenstelle wird folgendes mitgeteilt:

In der zweiten Verordnung zur Durchführung der Einkommensteuer 1931 ist folgendes bestimmt: Bei Arbeitnehmern, für die bei der nächsten auf die Fälligkeit folgenden Lohnzahlung ein Steuerabzug vom Arbeitslohn wegen Nichtüberreichens der Freiforme nicht einzuhalten ist, ermäßigt sich der an diesem Tage einbehaltene Teilbetrag der Bürgersteuer auf die Hälfte. Diese Ermäßigung findet keine Anwendung, wenn auf der Steuerkarte bereits nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist.

Zahlreiche Anfragen beweisen, daß über die Höhe der nunmehr zu entrichtenden Bürgersteuer keine Zweifel bestehen. Zur Klärung dieser Zweifel seien wir folgendes mit:

Die Stadt Frankenberg erhebt eine Bürgersteuer in Höhe von 400 vom Hundert des Landbesitzes. Für Lohnsteuerpflichtige Personen beträgt der unterste Satz der Bürgersteuer 24 RM. und 12 RM. für die Ehefrau. Bei Lohnsteuerfreien Personen ermäßigt sich dieser Satz auf 12 RM. und 6 RM. für die Ehefrau. Ist dieser ermäßigte Satz auf der Steuerkarte bereits angesetzt, so kommt eine weitere Ermäßigung auch bei Lohnsteuerfreien Personen nicht in Betracht.

Die Verordnung soll erstmalig für den am 10. Februar fällig gewordenen Teilbetrag der Bürgersteuer, Arbeitgeber, die bei Lohnsteuerfreien Personen diesen Teilbetrag noch in der ursprünglichen Höhe in Abzug gebracht haben, wollen den zuviel erhobenen Betrag an den Steuerpflichtigen zurückzahlen oder bei der nächsten Bürgersteuerkarte in Anrechnung bringen.

Starker Rückgang des Postverkehrs

Der Zahlenbericht der Reichspost zeigt in allen Teilen des postlichen Verkehrs im Jahre 1931 einen starken Rückgang auf. Der Briefverkehr verringerte sich nach Feststellungen an einem Stichlage im Jahresvergleich gegen das Vorjahr um rund 1.350 Millionen Stück. Der Paket- und Wertbriefverkehr nahm bei gleichzeitigen Befehlen um 25,923 Millionen Stück ab, bei verbleibenden Wertpaketen war eine Abnahme von 279.000 Stück zu verzeichnen, bei den Wertbriefen 268.000 Stück. Bei Zahlkarten, Post- und Zahlungsanweisungen zeigt sich ein Rückgang von 17.060 Stück mit einem Betrage von 3.498.896.000 RM. Auch bei den Postkaufbüchern und Rechenschaftsbüchern ist ein gleicher Rückgang zu verzeichnen. Im Postbetriebsgebiet ging die Postanwalts-Rücksendung um 22,8 Millionen Stück, dagegen kehrte sich die Zahl der Anwaltsbriefe um 12,5 Millionen. Im Luftpostverkehr trat eine Verminderung der Briefe im Sommer von 110 auf 94 bei gleichzeitiger Verminderung der Streckenlänge um 3000 Kilometer ein. Beim Luftpostverkehr ist ein Rückgang von 20.605 Briefen gegenüber einem Zuwachs von 17.435 Briefen im Jahre 1930 festzustellen. Der Telegrammverkehr verringerte sich um 6.161 Millionen Stück. Die Zahl der Hauptanschlüsse bei Fernsprecheinrichtungen ging um 63.209 zurück.

Auch im Fernverkehr zeigte sich beim Telegrammverkehr mit dem Ausland eine rückläufige Bewegung. Der Auslandverkehr hatte einen Rückgang von 471.343 Telegrammen. Die Gesamtzahl betrug Ende Dezember 1931 3.669.852, darunter gebührenfrei 263.960 Telegramme. Der Zugang an gebührenfreien Anlagen betrug sich auf 240.657 Stück.

Neues japanisches Ultimatum

China lehnt ab

Andauernder Artilleriekampf

Schanghai, 18. 2. Der japanische Oberkommandierende bei Schanghai hat den Chinesen ein neues beschriebenes Ultimatum überreicht, in dem die Zurückziehung der chinesischen Truppen auf 20 Kilometer von der Stadt, die dauernde Entfesselung der Wulung-Forts und die Räumung der gesamten Frontlinie bis Sonnabend 7 Uhr verlangt wird. Die volle Durchführung des Rückzuges könne bis Sonnabend 17 Uhr Ostzeit erfolgen.

Der Artilleriekampf bei Schanghai dauert an.

Die zwölfte japanische Division nach Schanghai entsandt

Tokio, 18. 2. Amtlich wird mitgeteilt, daß im Zusammenhang mit der Verschärfung der Lage in Schanghai der japanische Kriegsminister angeordnet hat, daß die 12. japanische Division nach Schanghai abtransportiert wird. Die Frage der Entsendung der 8. japanischen Infanteriedivision ist vom japanischen Kaiser noch nicht entschieden worden.

Anlassende chinesische Verteidigungsmassnahmen

Schanghai, 19. 2. (Funkpr.) Die Chinesen haben das japanische Ultimatum, das am Sonnabend nachmittags 17 Uhr abläuft, abgelehnt. Ein letzter Versuch, eine Verständigung herbeizuführen, wurde von den Behörden der Internationalen Minderleistung in den Abendstunden des Donnerstags unternommen, die sich zu einer Konferenz in der französischen Konzession zusammensetzten und zu der auch die chinesischen Befehlshaber geladen waren. Die Sitzung wurde nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen, während draußen in Schanghai und auf den Wulung-Forts auf beiden Seiten die Stellungen bezogen und die Geschütze schußbereit gemacht wurden. Daraus resultieren neue japanische Verstärkungstruppen durch die Straßen Schanghais und Hunderte von Lastkraftwagen mit Munition rollen an die Front. In den frühen Morgenstunden des Freitag wurden die Bewohner der Internationalen Minderleistung durch beständiges Schießen gewacht. Soweit bisher festgestellt werden konnte, eröffneten die Chinesen das Ar-

tilleriefeuer auf die japanischen Stellungen sowie auf das Hauptquartier und die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe. Im Hongkiu-Bereich wurde durch das chinesische Feuer beträchtlicher Schaden angerichtet. Nach Seeburg in der Internationalen Minderleistung wurden fünf bis sechs Schiffe durch ein Geschützfeuer zerstört. Eine chinesische Granate schlug in das oberste Stockwerk des Savoy-Hotels, ohne jedoch Personen zu verletzen. Wie aus Hanking gemeldet wird, treffen die Chinesen umfassende Verteidigungsmassnahmen, die weit über das Gebiet von Schanghai hinausgehen. Ein ganzes Netzwerk von Schützengraben wird entlang der Linien der Nantun-Pulau- und der Lungtai-Eisenbahn ausgehoben und zwar in einer Länge von über 1500 Kilometern.

Japans Ansicht über die Völkerbundsnote

Tokio, 19. 2. (Funkpr.) Trotz des Dements aus Washington ist den Versicherungen maßgeblicher hiesiger Kreise nach das japanische Außenministerium amtlich unterrichtet worden, daß Amerika bei der Abfassung der Völkerbundsnote einen entscheidenden Anteil genommen und sogar den ersten Entwurf dazu geliefert habe, der dann in Genua noch verändert worden sei. Amtliche Kreise äußern sich dahingehend, daß die Note des Völkerbundes unerbittlich sei. Sie entspreche nicht den Bestimmungen des Völkerbundes, da sie weder den Meinungsanspruch des Völkerbundsrates — der infolge Fehlens der chinesischen und japanischen Mitglieder durch die 12 Staatsmitglieder nicht als Ganzes vertreten sei —, noch den Meinungsanspruch der 12 untergeordneten Regierungen darstelle. Ferner wird bemängelt, daß die Note lediglich an Japan gerichtet sei und dieses daher als Angreifer brandmarkte.

Japan und der neue Mandatsbereich

Tokio, 19. 2. (Funkpr.) Das Außenministerium erklärt, daß Japan den unabhängigen Mandatsbereich erst dann anerkennen werde, wenn er nachweise, daß er alle Eigenschaften eines unabhängigen Staates besitze. Der neue Staat umfaßt nach der in Wuiden veröffentlichten Proklamation die Provinzen Fengtien, Hallungsiang, Kirin, einschließlich Chardin und Liaung, sowie den mongolischen Jehol-Bereich.

Das Neueste aus aller Welt

Schnelldampfer „Europa“ im Sturm

Bremen, 18. 2. Der Norddeutsche Lloyd teilt mit, daß die über Paris in einen Teil der Presse gelangte Meldung, wonach der Schnelldampfer „Europa“ während seiner letzten Fahrt von Neapel nach Bremen auf dem Atlantik schweren Materialschaden erlitten hat, nicht den Tatsachen entspricht. Die „Europa“ hat allerdings während dieser Reise infolge schwerer Stürme etwa 20 Stunden beigetrieben gelegen. Das Schiff ist mit entsprechender Verspätung Donnerstagsmorgen in Bremerhaven eingetroffen. Auf dem Promenadenweg ist lediglich eine einzige Fensterscheibe zertrümmert worden. Personen wurden nicht verletzt.

Rinder als Schatzgräber

1000 Reichsmark im Monat

Frankfurt am Main, 18. 2. Spielende Rinder fanden im Bei des zur Zeit niedrig gehenden Weins oberhalb der Offenbacher Schanze eine große Anzahl von Zwei-Mark-Stücken. Als die Polizei Kenntnis davon erhielt, ließ sie die Stelle untersuchen und fand noch etwa 1000 Reichsmark. Sie ließ sich heraus, daß es Goldstücke war mit dem Prägezeichen A 1925. Die Goldstücke waren in Pappkartons verpackt, mit Wachs verklebt und in leeren Tischen eingewickelt. Offenbar haben die Goldschmied die Stücke im Rhein verstreut, um sie bei passender Gelegenheit wieder abzuholen.

Höhensahrt des Ballons „Ernst Brandenburg“ gelungen

Bitterfeld, 18. 2. Noch ehe um 18,30 Uhr in Rothe-Wühle (Weißfelsen) ausgegebenen Telegramm ist der Ballon „Ernst Brandenburg“ mit Führer Schöbe, Bitterfeld, und dem We-

terologen Gudsdorf, Berlin, bei Olpe in Westfalen glatt gelandet. Es wurde eine Höhe von 9000 Metern erreicht, so daß der Zweck der Höhenfahrt erfüllt sein dürfte.

Die Areuzotter im Schlafzimmer

Berlin, 18. 2. Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus einer sachsenhiesigen Gemeinde ein merkwürdiger Unglücksfall gemeldet. Ein Bauer hatte im Herbst eine Anzahl Reishühner gesammelt, von denen er erst jetzt einige zum Trodnen in die Stube hinter dem Ofen aufstehlete. In einem dieser Hühner befand sich eine ausgewachsene Areuzotter, die durch die Wärme aus ihrem Winterstief gewickelt wurde und dann auf der Wanderschaft durch das Haus in das Schlafzimmer gelangte. Sie kroch auf eins der Rinder, das durch die Berührung erwachte und nach der Schlange griff. Diese biß dem Rinde ins Gesicht. Durch das Jammern des Rindes wurde die Mutter wach und packte die Schlange, um sie aus dem Bett zu schleudern. Dabei wurde die Frau ebenfalls gebissen. Nun erwachte auch der Bauer, der die Areuzotter tödelt und dann mit Frau und Rind in das nächste Krankenhaus eilt. Jedoch starb das Rind schon auf dem Wege dorthin an den Folgen des Bisses. Die Mutter konnte am Leben erhalten werden.

Ein Hund erzieht seinen Herrn

Bromberg, 18. 2. Die „Deutsche Rundschau“ berichtet über ein eigenartiges Unglück, das sich in Jaroslaw in Noworodan ereignete. Der Landwirt Wladyslaw Hinkel beschloß am Sonntag auf die Jagd zu gehen. Der Hund, der vor Freude an seinem Herrn emporsprang, geriet mit der Pfote an den Sahn der Flinte. Diese entlud sich und der Schuß drang Hinkel durch die rechte Stirnseite in den Kopf, so daß er auf der Stelle getötet wurde.

Ausfluchtstudium

Numerus clausus für Studenten der Lehrerbildung. Das Ministerium hat sich angelehnt des erscheinenden starken Zustromes zu unseren Hochschulen genügt gesehen, für das Studienjahr 1932/33 die Zahl derjenigen Anwärter für den Volkshochschulunterricht, die sich an der Universität Leipzig oder an der Technischen Hochschule Dresden immatrikulieren lassen und die Vorlesungen und Übungen an den pädagogischen Instituten besuchen wollen, von 225 im Vorjahr auf 175 herabzusetzen. Davon können ungefähr 25 Prozent weiländliche Bewerber zugelassen werden. Von den 175 Plätzen an jedem pädagogischen Institut sind jedoch 75 denjenigen Studierendenden des höheren Lehrcurses vorbehalten, die von ihrem bisherigen Studium zu dem der Volkshochschule hinüberwechseln wollen. Diese Studenten können aber nur dann in das neue Studium übernommen werden, wenn sie nachweisen können, daß sie sich für den neu erwählten Beruf besonders eignen.

Das Studium der Volkshochschule ist derzeit überfüllt, daß einem Kandidaten, der sich in diese Vorlesung stellt, kaum Aussicht auf eine Einweisung in den Studienkurs gemacht werden kann. Wenn die das Ministerium trotzdem angeschlossen hat, 20 Bewerber an der Technischen

Hochschule Dresden und 20 Bewerber an der Staatlichen Akademie für Technik in Chemnitz zugelassen, so ist das nur deshalb geschehen, weil das Ministerium grundsätzlich davon absehen möchte, diesen Ausbildungsweg völlig für einen Jahrgang der Abiturienten zu sperren.

Technisch liegen die Verhältnisse auch für das Studium der Handelshochschule und Landwirtschaftlichen Schulen, von denen je 20 Bewerber für das Studium an der Handelshochschule und zu den entsprechenden Vorlesungen und Übungen an der Universität Leipzig zugelassen werden sollen.

Kein Student erhält durch seine Aufnahme in den „Numerus clausus“ irgendeine Anwartschaft auf Einstellung in den Schuldienst.

Am ausfluchtstudium ist das Studium für das höhere Lehramt. Während das Ministerium für Volkshochschule im vorigen Jahre noch eine eng begrenzte Zahl von Abiturienten in den „Numerus clausus“ aufnehmen konnte, ist es in diesem Jahre nicht zu verantworten, auch nur einem Studenten irgendwelche noch so unbestimmte Hoffnungen zu machen, daß er einmal in einem auch nur einigermaßen entsprechenden Alter in den höheren Schuldienst eingestellt werden kann.

† Aufforderung zur Abgabe von Gewerbesteuer-Erklärungen. Im amtlichen Teile des heutigen Blattes fordert das Finanzamt Hainichen zur Abgabe der Gewerbesteuer-Erklärungen für das Jahr 1932 auf. Gewerbetreibende seien auf diese Aufforderung besonders aufmerksam gemacht.

† Bedienstetengeld. Vom Rate der Stadt wird uns geschrieben: Wie den Kreisüberwachungsstellen bekannt geworden ist, runde in manchen Gast- und Schankwirtschaften das Bedienstetenpersonal das 10prozentige Bedienstetengeld auf volle 5 oder 10 Pfennig auf. Es soll auch Verwendung auf jedes einzelne Getränk oder jede einzelne Speise stattfinden. Im Interesse der Preislenkungsbestrebungen kann ein solches Verhalten keinesfalls gebilligt werden. Es darf lediglich die Summe gefordert werden, die sich unter Zuzurechnung von 10 Prozent zu dem Beirage ergibt, den ein Gast für Getränke, Speisen usw. zusammen zu zahlen hat. Die Gastwirtschaftsinhaber werden zur Vermeidung weiterer Maßnahmen gut tun, ihr Bedienstetenpersonal entsprechend zu unterrichten und zu überwachen.

† Die unentgeltliche Mütterberatungsstelle für Säuglinge und Kleinkinder findet in Riederlitzmann, zugleich für die Ortsummehring, Verberdorf und Orisdorf, am Dienstag, den 23. Febr., nachmittags 1/4 Uhr in der Schule statt.

† Altenheim. Die unentgeltliche Mütterberatungsstelle in Altenheim findet am Freitag, den 26. Februar, nachm. 1/2 Uhr in der Schule statt.

† Rietzwalde. Die unentgeltliche Mütterberatungsstelle für Säuglinge und Kleinkinder in Rietzwalde findet am Freitag, 26. Februar, nachmittags 3 Uhr in der Schule statt.

† Rätzsch. Die unentgeltliche Mütterberatungsstelle für Säuglinge und Kleinkinder findet in Rätzsch, zugleich für den Ort Hausdorf am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 2 Uhr in der Schule statt.

† Dittersbach. Die unentgeltliche Mütterberatung für Säuglinge und Kleinkinder findet in Dittersbach, zugleich für den Ort Raudricken am Mittwoch, den 24. Febr., nachmittags 3 Uhr in der Bahnhofskafeteria statt.

† Sachsendorf. Die unentgeltliche Mütterberatung für Säuglinge und Kleinkinder findet in Sachsendorf, zugleich für den Ort Riederdorf am Mittwoch, den 24. Febr., nachmittags 4 Uhr in der Schule statt.

Protest gegen General v. Horn

Elmich. In einer kurz beschleunigten Vertreterversammlung der Gruppe Elmich des Sächsischen Militärvereins wurde gegen die Einsetzung des Vorsitzenden des Aufklärungsverbandes, General a. D. v. Horn, in einer außerordentlich scharfen Weise Stellung genommen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Aufklärungsverband, sowie der Sächsische Militärverein aufgeföhrt, ganz klar und eindeutig für den Kandidaten der Harzburger Front einzutreten.

Bildung eines Luftschützervereins für Chemnitz

Chemnitz. Im Polizeipräsidium fand, wie amtlich mitgeteilt wird, eine Versammlung über Bildung eines Luftschützervereins für den Bezirk der Stadt Chemnitz statt. Der Luftschützerverein, wie weiter mitgeteilt wird, eine Arbeitsgemeinschaft, die der örtlichen Leitung der Luftschützervorbereitungen, die in den Händen der Polizeipräsidenten liegt, als beratendes und unterstützendes Organ beim Aufbau des vollen Luftschützervereins zur Seite stehen soll. Die Durchführung des vollen Luftschützervereins, der Deutschland auf dem Pariser Luftabkommen vom Mai 1926 als einziger Luftschützerverein, als seine Vorgängerin zu schätzen, erlaubt wurde, ist eine Angelegenheit der Staatsbehörden, also einem ihrem Willen nach reine Wohltätigkeitsangelegenheit für die Zivilbevölkerung.

Der Neuportler Oberbürgermeister telephoniert mit Oberwiesenthal

Oberwiesenthal. Jimmy Wölfer, der auch in Deutschland bekannte Neuportler Oberbürgermeister, gab in den letzten Tagen einen neuen Beweis seiner freundschaftlichen Einstellung den Deutschen gegenüber. Er telephonierte eine Viertelstunde lang mit Frau Brehme, deren Mann verkehrt im Hospital Lake Placid liegt. Oberbürgermeister Wölfer lobte das deutsche Bob-Team und versprach eine weitere gute Pflege der Verletzten.

— Chemnitz. Zum Nachfolger des Ende März ds. J. in den Ruhestand tretenden Oberbürgermeisters Professor Gähner von der Sächsischen höheren Fachschule für Textilindustrie hat der Schulvorstand dieser Schule, Dr. Ing. Walter Krenzel gewählt. Dr. Krenzel ist 1884 in Klein-Jischwitz bei Dresden geboren und studierte nach dem Besuch der Chemnitzer Gewerbeschule an der Technischen Hochschule zu Dresden. Er war dann als Assistent an den Technischen Hochschulen Hannover und Dresden tätig. An der hiesigen Gewerbeschule in Dresden übte er zu dieser Zeit nebenamtliche Tätigkeiten aus. 1912 begann er seine praktische Tätigkeit in anderen Betrieben und Spinnereien. Im Kriege führte er eine Plomberiefabrik. Nach dem Kriege war er Leiter großer Textilfabriken. Auf dem Gebiete der Textilwissenschaft und -fortschrittung ist er mehrfach in die Öffentlichkeit getreten. — Auf der Eschbahn im hiesigen Jagdwald führte am Dienstagabend in der 10. Stunde eine 35jährige Frau beim Schiffschuldenlauf in unglücklicher Weise auf dem Handgelenke einen Stab. — Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, einen 27jährigen Täter aus Oberhohndorf und eine 26jährige Arbeiterin aus Reichendach l. A., angeblich keine Braut, festzunehmen, weil beide in hiesigen Goldwarengeschäften und Uhrmacherläden die Trauringe hatten vorlegen lassen, von denen regelmäßig einige in einem unbemerkten Augenblick in ihrer Tasche verschwand. Die Polizei fand bei den laubenden Brautleuten noch vier auf solchem Wege erwerbene goldene Trauringe. Außerdem hatte der Täter in einer hiesigen Schankwirtschaft nach einem Herrenmümmel, der ihm und auch der Frau gefiel, mitgegeben. — Der Chemnitzer Bobler gelang es, einen bereits von den Gerichtsbehörden in Plauen, Reichendach l. A. und Leipzig verurteilten 29jährigen Wäldchenbauer aus Reinsig festzunehmen, der in verschiedenen Schankwirtschaften des Chemnitzer Zentrums Herrenüberkleider gestohlen und diese dann sofort wieder in anderen Gaststätten für Zech-